

Anzeige

Lesergewinnspiel „Geldregen“

Ihr Glück am Mittwoch

Für Sie kann es heute Geld regnen. An unserem Supertag gibt es insgesamt 160.000 € zu gewinnen.

Jetzt teilnehmen!

Bewährungsstrafe nach Angriff auf Özdemir's Auto

BIBERACH – Neun Monate auf Bewährung wegen schweren Landfriedensbruchs, versuchter schwerer Körperverletzung und Widerstands gegen Vollzugsbeamte: Diese Strafe verhängte das Amtsgericht Biberach gegen einen Mann, der 2024 beim politischen Aschermittwoch der Grünen einen Zollstock auf ein Auto im Tross von Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) geworfen hat. (dg) POLITIK

Viele Fahrerschüler fallen durch

BERLIN – Fast jeder Zweite fällt durch die Theorieprüfung für den Auto-Führerschein. Mit einer Durchfallquote von 45 Prozent der Fahrerschüler lag der Wert im vergangenen Jahr auf demselben hohen Niveau wie 2023 (46 Prozent), wie aus neuen Daten des TÜV-Verbands hervorgeht. An der praktischen Prüfung scheitern in Klasse B weniger Fahrerschüler: 2024 waren es 37 Prozent. (dpa) PANORAMA

FC Bayern wieder mit Kimmich

MÜNCHEN – Entwarnung beim FC Bayern vor dem deutschen Duell in der Champions League: Die Münchner können im Achtelfinal-Hinspiel gegen Bayer Leverkusen am heutigen Mittwoch (21 Uhr/DAZN) auf Joshua Kimmich bauen. „Für dieses Spiel bist du immer bei 100 Prozent“, sagte Trainer Vincent Kompany am Dienstag auf die Frage, ob der 30-Jährige nach einer Sehnenreizung wieder fit sei. (SID) SPORT

Wetter

13° bis 13° C

Meistens sonnig, milder als zuvor



Börse

DAX: - 3,54%

Aktuell: 22.326,81 | Vortag: 23.147,02

Nr. 53 | B 6205



4 190620 502803



FOTO: UWE ANSCHUTZ/DPA

Union und SPD bei Milliardenkrediten einig

Von Stefan Fuchs und Claudia Kling

Überraschung nach wenigen Tagen Sondierungsgesprächen: CDU/CSU und die SPD wollen die Schuldenbremse lockern und Milliardenkredite möglich machen.

BERLIN/RAVENSBURG – Die Union und SPD haben sich darauf verständigt, Milliardenkredite für die Verteidigung und die Infrastruktur zu ermöglichen. CDU-Chef Friedrich Merz kündigte am Dienstagabend in Berlin an, dass die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse für Ver-

teidigungsausgaben gelockert werden soll. Zudem soll es ein Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro geben, damit Geld in die Infrastruktur fließen kann. Europa und Deutschland



müssten angesichts der zunehmenden Bedrohungslage jetzt „sehr schnell sehr große Anstrengungen unternehmen, um die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und des europäischen Kontinentes zu stärken“, sagte Merz. „Whatever it takes.“ Konkret sollen jene Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse ausgenommen sein, die über einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen.

Auch für die Bundesländer soll es künftig möglich sein, Schulden zu machen. Ihre bisherige Schuldenbremse soll an die weniger strengen

Vorgaben für den Bund angepasst werden. Das gebe ihnen die Möglichkeit, mehr zu investieren, sagte SPD-Chef Lars Klingbeil. Union und SPD wollen über ihre Vorhaben in einer Sondersitzung des aktuellen Bundestags abstimmen lassen, um eine Zwei-Drittel-Mehrheit erreichen zu können. Im neuen Bundestag wäre dies schwieriger.

Die Menschen im Südwesten geben im BaWi-Check ein deutliches Votum zur Schuldenbremse ab. In der Umfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Tageszeitungen des Landes durchführt, sprachen sich 50 Prozent der Befragten für die Aufnahme neuer Schulden aus. Lediglich 36 Prozent wollen an der Schuldenbremse festhalten.

Mehr als 90 Prozent der Befragten halten demnach mehr Investitionen in Kliniken, Sozialstationen und Schulen für notwendig. Mehr als 80 Prozent wünschen sich außerdem mehr Geld für die Ausstattung der Polizei, für Verkehrsinfrastruktur und Kindertagesstätten. Drei Viertel fordern mehr Mittel für den Wohnungsbau und den öffentlichen Nahverkehr.

LEITARTIKEL, SEITE DREI, POLITIK

Milliardenplan für EU-Aufrüstung

EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen schlägt einen Fünf-Punkte-Plan zur Stärkung der Verteidigung vor.

BRÜSSEL – Nach der Ankündigung der USA, ihre Militärhilfen für die Ukraine aussetzen, hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen Plan zur Wiederaufrüstung Europas vorgelegt. Der Fünf-Punkte-Plan umfasst eine Lockerung der Schuldenregeln sowie Anreize zur Steigerung der Verteidigungsausgaben, wie

von der Leyen am Dienstag in Brüssel sagte. Insgesamt könne Europa so „nahezu 800 Milliarden Euro“ mobilisieren, erklärte sie. Es blieb zunächst unklar, wie schnell die Vorschläge umgesetzt werden können. Am Donnerstag beraten die Staats- und Regierungschefs der EU bei einem Sondergipfel über die weitere Unterstützung für die Ukraine.

Europa sei mit einer „klaren und gegenwärtigen Gefahr“ konfrontiert, wie sie „keiner von uns in seinem Leben gesehen hat“, betonte

von der Leyen in einem Schreiben an die europäischen Staats- und Regierungschefs. Sie schlug „ein neues EU-Finanzinstrument“ vor, um die Mitgliedsländer bei der Aufrüstung zu unterstützen.

Es soll Darlehen in Höhe von 150 Milliarden Euro umfassen, die durch den EU-Haushalt abgesichert sind. Zudem schlug die EU-Kommissionspräsidentin vor, die europäischen Schuldenregeln mittels einer nationalen Ausnahmeklausel zu lockern. (AFP) POLITIK

Einigung bei Mercedes

Der Stuttgarter Autobauer will sparen und profitabler werden. Nun hat sich der Autobauer mit dem Betriebsrat auf Maßnahmen verständigt.

STUTTGART – Mercedes-Benz hat sich mit dem Gesamtbetriebsrat auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket geeinigt, um wettbewerbsfähig zu bleiben. „Die Spar- und Flexibilisierungsmaßnahmen reichen von Einsparungen bei Vergütungsbestandteilen bis hin zu einer Erhöhung der Personalflexibilität mit mehr

Zeitarbeit in der Produktion“, teilte eine Sprecherin am Dienstag mit. Teil des Maßnahmenpakets sei auch ein Abfindungsprogramm für Beschäftigte in indirekten Bereichen, also nicht in der Produktion. Es gebe keine betriebsbedingten Kündigungen.

„Wir müssen stärker, schneller und hungriger werden. Wir müssen selbst anpacken. Und genau das tun wir“, sagte Mercedes-Chef Ola Källenius. Konkrete Angaben, wie viele Stellen abgebaut werden sollen, gab es nicht. (dpa) WIRTSCHAFT

Alter Weißwein-Mann

Die Fünf-Prozent-Hürde nimmt Herr Kubicki mit beschwingter Leichtigkeit gelegentlich schon ab zehn Uhr, denn der bekennende Liebhaber weißer Weine ist eher an elf bis 13 Volumen-Prozent gewöhnt. Außerdem hat er selbst mal gesagt, dass die Zeit für Weißwein genau richtig ist, wenn die Uhrzeit zweistellig wird.

Politische Beobachter sind aber auch darüber hinaus daran gewöhnt, von Herrn Kubicki markige Sprüche zu hören. 2005 zum Beispiel bescheinigte er sich auf Wahlplakaten selbst eine frostige Anmutung, als er sagte: „Ich habe die Ausstrahlung eines Kühlschranks.“ In hitzköpfigen Zeiten könnte das eine positive Eigenschaft sein. Aber auch Kubickis Blick auf andere fällt bisweilen kritisch aus. Über den Bundeskanzler Olaf Scholz von der SPD sagte er, dieser sei ein „gescheiterter Gernegroß“. Und Robert Habeck sei der „unfähigste Wirtschafts-



Ein Tröpfchen in Ehren... für den künftigen Chef der Liberalen.

FOTO: IMAGO/BREIHEL-BILD

nister aller Zeiten“. Vielleicht hat Herr Kubicki bei der nächsten Bundestagswahl 2029 noch einmal die Gelegenheit, mit der FDP ins hohe Haus der deutschen Demokratie einzuziehen, um selbst noch ein Ministeramt zu bekleiden. Wolfgang Kubicki wird dann 77 Jahre sein und sich mit jugendlichem Elan einbringen. Beim Weißwein sind es ja auch die jungen spritzigen, die das Herz erfreuen. (nyf) untermstrich@schwaebische.de

CDU strapaziert Glaubwürdigkeit



Claudia Kling

Leitartikel

FOTO: SZ

Nun könnte es viel schneller gehen als gedacht. Noch nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts im November 2023 hat die Union die Aussage, die Bundesregierung müsse ohne Reform der Schuldenbremse zurecht kommen, wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Und jetzt, eineinhalb Wochen nach der Wahl, geht es im Grunde nur noch um die Frage, wie die künftige Regierung zu mehr Geld kommen wird. Ob die Schulden dann Sondervermögen heißen, ist jedoch für den Steuerzahler zweitrangig.

Der Kassensturz von SPD-Finanzminister Kükies in der ersten Sondierungsrunde war wohl ein Moment der Erkenntnis für die Unionsvertreter. Selbst ohne höhere Verteidigungs- und Infrastrukturkosten fehlen in dieser Legislaturperiode wohl bis zu 150 Milliarden Euro. Wirtschaftswissenschaftler, wenn gleich nicht alle, haben eine Summe von 900 Milliarden vorgeschlagen, um Bundeswehr und Infrastruktur auf Vordermann zu bringen. Selbst wenn die Union das Bürgergeld zu 100 Prozent streichen könnte, was nicht möglich ist, brächte dies nur einen Bruchteil der Summe. Und das verheißene Wirtschaftswachstum? Davon ist Deutschland weit entfernt. Es waren Luftbuchungen, mit denen die Union gewonnen hat.

Der Union könnte zugutegehalten werden, dass der außenpolitische Kurs der USA in dieser Absolutheit nicht zu erwarten war. Aber letztlich spricht viel dafür, dass führende Politiker wussten, was auf Deutschland zukommt, es ihnen aber im Wahlkampf vor allem darum ging, FDP-Wähler für sich zu gewinnen, um den Wahlsieg von Friedrich Merz abzusichern. Damit haben sie ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel gesetzt.

Und die nächste Durchmög- lei steht bereits an: Weil im neuen Bundestag AfD und Linke die Pläne torpedieren könnten, soll noch vor dem Regierungswechsel mit den aktuellen Mehrheiten über die künftigen Finanzen entschieden werden. Das verspricht nichts Gutes - es könnte so weitergehen wie gehabt. c.kling@schwaebische.de

Heute lesen Sie



FOTO: FELIX HÖRHAGER/DPA

Trauer um TV-Ärztin

Moderatorin Antje-Katrin Kühnemann ist im Alter von 80 Jahren gestorben. PANORAMA